

POLEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2021

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**


POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE RAHMENBEDINGUNGEN

Ende Juni sind mittlerweile 15 Monate seit dem Ausbruch der Corona-Krise in Polen vergangen. Dabei hat die Pandemie in allen Bereichen des sozioökonomischen Lebens starke Spuren hinterlassen. Die Funktionsweisen von Wirtschaft, Unternehmen und Institutionen, darunter auch die Tätigkeit der Gewerkschaften waren dadurch stark betroffen. Will man Rechenschaft über die derzeitige Lage geben, so steht man vor dem Problem, dass man derzeit noch nicht sicher sagen kann, ob die Pandemie mit den derzeitigen Gegenmaßnahmen wirklich vorbei ist oder ob man im Herbst nicht doch mit einer weiteren Welle und weiteren Lockdowns rechnen muss.

In Zeiten der Pandemie war in Polen das wichtigste politische Ereignis die Präsidentschaftswahl im Sommer 2020. In zwei Runden wurde sie in einem Abstand von 3 Wochen am 28. Juni und 12. Juli 2020 durchgeführt. Es war ein kurzer erbitterter Wahlkampf des bisherigen Amtsinhabers Präsident Andrzej Duda der sich bei der Stichwahl mit knapp 51 Prozent zu 49 Prozent gegen den Kandidaten der Opposition Rafal Trzaskowski durchgesetzt hat. Bemerkenswert dabei war die enorm hohe Wahlbeteiligung trotz erschwelter Bedingungen der Pandemie: 69 Prozent Wahlbeteiligung waren in Polen das höchste Ergebnis aller vergangenen Wahlen nach der Wende 1989.

Der knappe Sieg von Andrzej Duda erscheint dabei als weiteres Anzeichen für eine tiefe gesellschaftspolitische Spaltung Polens, die sich nach Einschätzung von Experten in der nächsten Amtszeit des Staatspräsidenten noch zu vertiefen droht. Mit der erneuten Wahl von Duda hat die Regierungskoalition weiterhin die zwei wichtigsten Machtzentren des Landes, die untere Parlamentskammer Sejm und das Präsidentenamt, in der Hand, was ihr die Fortführung ihrer umstrittenen Politik, einschließlich der Justizreform ermöglicht. Die Leitlinien der polnischen Politik, die mit grundlegenden demokratischen

Regeln und Werten der EU gebrochen hat, wurden 2020 durch die Wahlen bestätigt. Somit befindet sich Polen in der Lage, dass die nationalkonservative Partei Recht und Gerechtigkeit, PiS, mit zwei Juniorbündnisparteien »Solidarna Polska« und »Porozumienie« seit Herbst 2019 weiterhin über eine knappe absolute Mehrheit der Sitze im Sejm verfügt sowie mit der Unterstützung des Staatspräsidenten aus dem eigenen Lager rechnen und regieren kann.

Das zweite Ereignis hinsichtlich seiner schwerwiegenden gesellschaftspolitischen Konsequenzen war das Urteil des Verfassungsgerichtes zur Verschärfung des Abtreibungsrechts. Am 22. Oktober 2020 hat das Verfassungsgericht, angeblich im politischen Auftrag der derzeitigen Regierung, die bisherige Erlaubnis eines Schwangerschaftsabbruchs im Falle hoher Wahrscheinlichkeit einer schweren und irreversiblen Schädigung des Fötus oder einer unheilbaren Krankheit für verfassungswidrig erklärt. Dies war ein Bruch mit dem sogenannten »Abtreibungskompromiss«, der Anfang der 1990er Jahre zwischen den damals wichtigsten politischen Kräften in Polen geschlossen wurde und bislang galt. Dieser umstrittene Beschluss des Verfassungsgerichtes hat zu monatelangen Massenstraßenprotesten einer Koalition von feministischen und linken Organisationen unter dem Schild »Streik der Frauen« (*Strajk Kobiet*), geführt. Im Zeitraum Ende Oktober 2020 – März 2021 fanden die Proteste in mehreren hundert Städten in ganz Polen und in über hundert außerhalb der polnischen Grenzen statt.

Bei den Protesten wurden Slogans gegen die regierende Partei PiS laut, die die Achtung von Frauenrechten forderten, einschließlich des Rechts auf legale Abtreibung, und sichtbar antiklerikal (Befürwortung der Trennung von Kirche und Staat) ausgerichtet war. Die Protestbewegung hat die Dimension einer spontanen sozialen Bewegung von meist jungen Menschen angenommen. Sie wird von linksliberalen Kreisen, einer großen Zahl von Schüler_innen und Student_innen sowie auch einigen kleineren Gewerkschaften anarcho-syndikalistischer Ausrichtung (*Inicjatywa Pracownicza, Pracownicza Alternatywa, Sierpień 80*) und dem Frauenausschuss der OPZZ unterstützt.

Die Zahl der Proteste und protestierenden Interessengruppen wächst seit dem Anfang der Corona-Krise kontinuierlich und bleibt nicht ohne Bedeutung für die Ergebnisse der Meinungsumfragen. Dies kann zu einer langsamen Änderung der Haltung der Öffentlichkeit gegenüber der Regierenden beitragen. Gleichzeitig werden in letzter Zeit die Risse innerhalb der regierenden Koalition immer deutlicher. Die Wahrscheinlichkeit von vorgezogenen Wahlen noch vor dem Ablauf dieser Legislaturperiode wächst.

Allerdings darf man nicht vergessen, dass viele Polen nach sechs Jahren PiS-Regierung überzeugt sind, dass es ihnen wirtschaftlich und sozial besser denn je geht, was sich in dem letzten Parlamentswahlergebnis vom Herbst 2019 von 43,6 Prozent der abgegebenen Stimmen für PiS widerspiegelt hat.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die polnische Wirtschaft war im Jahr 2020 durch ein hohes Niveau der Industrieproduktion und des Exports, eine niedrige Arbeitslosenquote und einen relativ geringen Rückgang des BIP gekennzeichnet. Obwohl Polen während der Corona-Krise von der Rezession nicht verschont geblieben ist, ist seine Anfälligkeit für die Auswirkungen einer Rezession begrenzt geblieben.

Ähnlich wie in anderen EU-Ländern stoppten Hilfspakete (insgesamt sieben im Zeitraum März 2020 bis Februar 2021) in Form von Subventionen, Krediten, Erleichterungen bei öffentlichen Abgaben, Sozialversicherungsbeiträgen oder Garantien sowie Zinssenkungen und Programme zum Ankauf von Vermögenswerten den Rückgang des BIP. Zudem fiel die Reaktion der Wirtschaft auf die aufeinanderfolgenden Infektionswellen Ende 2020 milder aus als zu Beginn der Pandemie. Auch die Gesellschaft hat es geschafft, sich mehr oder weniger an die pandemische Realität anzupassen.

Eine [Analyse](#) des polnischen Arbeitsmarktes durch die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) zeigt unterschiedliche Auswirkungen auf, je nachdem, ob bestimmte Branchen aufgrund ihrer Natur oder des wesentlichen Charakters ihrer Dienstleistungen weiterhin im »realen« Raum arbeiteten (Krankenhäuser, Sanitärdienste, Einzelhandel) und sich dabei an die sanitären Einschränkungen anpassen mussten, oder ob sie sich online bewegen und einen Remote-Arbeitsmodus einführen konnten.

Im Gesundheitswesen stellten Hausärzte teilweise auf Telefontelefonkonsultationen um, Fachärzte empfangen Patienten weiterhin persönlich, Krankenhäuser nahmen Patienten mit schweren Erkrankungen auf. Krankenhäuser, die ansteckende Krankheiten behandeln, fanden sich an erster Frontlinie des Kampfes mit COVID-19 wieder.

Ein wichtiges Problem, das sich während der Pandemie bemerkbar machte, war die Situation der Kleinunternehmen. Solo-Selbstständige und Kleinunternehmen machen einen großen Teil der nationalen Erwerbsbevölkerung (41 Prozent) aus. Sie sind hauptsächlich im Dienstleistungssektor angesie-

delt und besonders anfällig für den wirtschaftlichen Schock. Ihre Verwundbarkeit wird empirisch dadurch bestätigt, dass der Verlust von Arbeitsplätzen mit regulären Arbeitsverträgen nicht signifikant war. In der ersten Phase der Pandemie litten in erster Linie die Personen, die auf Basis zivilrechtlicher Verträge arbeiten (Freiberufler) und Solo-Selbstständige.

Im Einzelhandel, einem weiteren Sektor an vorderster Front des Kampfes gegen Pandemie, war die Arbeitsüberlastung bei Eintreffen der Pandemie laut einer Web-Umfrage der Gewerkschaft NSZZ »Solidarność« und der Friedrich-Ebert-Stiftung vom November besonders hoch, fast die Hälfte der Befragten gab an, dass ihre Arbeitsbelastung im Handel enorm zugenommen habe.

Die einzige bemerkenswerte und signifikante Änderung im Bereich des Arbeitsrechts war die Fernarbeit. Vor dem Ausbruch von COVID-19 war kein solcher Begriff gesetzlich anerkannt. Es gab »Telearbeit«, die durch das Arbeitsgesetzbuch anerkannt wurde. Doch Telearbeit unterliegt vielen strengen Einschränkungen, vor allem in Bezug auf die Sicherheit am Arbeitsplatz. Mit dem Auftreten der Pandemie tauchte die Notwendigkeit auf, dies zu ändern. Somit wurde die Fernarbeit im ersten Gesetzgebungsakt vor dem Anti-Krisen-Schutzschild eingeführt. Sie wurde jedoch vage definiert. Das Gesetz legt nur fest, dass ein »Arbeitgeber verlangen kann, dass der Arbeitnehmer für einen bestimmten Zeitraum Arbeiten außerhalb seines ständigen Arbeitsplatzes ausführt, eine Arbeit außerhalb seiner ständigen Betriebsstätte leistet (Telearbeit), solange der Pandemiezustand und drei Monate nach dessen Ende andauert«. Laut der nationalen Statistik waren im dritten Quartal 2020 etwa 25 Prozent der Erwerbstätigen in Fernarbeit (wobei die Umfrage nicht zwischen gelegentlicher und regelmäßiger Nutzung unterschied).

Nach Angaben von [Germany Trade & Invest \(GTAI\)](#) könnte Polens Wirtschaft dank steigender Binnennachfrage und guter Exportzahlen die Verluste aus 2020 schon bald wieder aufholen. Befürchtungen weckt nur die immer höhere Inflation (4,7 Prozent im Mai 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat). Die Unternehmen erholen sich schneller als erwartet. Die aktuellen Analysen blicken dabei optimistisch ins 2. Halbjahr 2021. Maßgeblichen Einfluss haben in diesem Zusammenhang die neuen Mittel aus dem mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 der Europäischen Union (EU) sowie aus dem Wiederaufbaufonds der EU. Als Wirtschaftszweig hat sich die Industrie besonders gut gehalten, besonders während der zweiten Welle der Pandemie. Es ist jedoch anzumerken, dass das Volumen des Dienstleistungssektors die Verluste bei weitem noch nicht aufgeholt hat, insbesondere im Tourismus, Hotels- und Gastronomiegewerbe. Trotzdem führte die Pandemie dazu, dass das BIP im Jahr 2020 zum ersten Mal seit der wirtschaftlichen Transformation ein negatives Ergebnis verzeichnete. Nach Schätzungen des Hauptamts für Statistik betrug der Rückgang -2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Pessimistische Szenarien bezüglich der Steigerung der Arbeitslosigkeit, die im März und April letzten Jahres auftauchten, sind nicht eingetreten. Der Arbeitsmarkt erwies sich als äußerst widerstandsfähig. Zwischen Februar 2020 und Februar dieses

Jahres stieg die Arbeitslosenquote in Polen nur um einen Prozentpunkt. Im Vergleich zu anderen Volkswirtschaften Europas hat die polnische Wirtschaft die Auswirkungen von Sperrungen und administrativen Restriktionen ganz gut verkraftet.

Die Pandemiekrise hat die Richtung bestimmter Trends auf dem polnischen Arbeitsmarkt verändert. Die Ausbreitung von Home-Office, die Beschleunigung der Digitalisierung und Automatisierung sowie die größere Sorge um das gesundheitliche Wohlbefinden brachten sowohl positive als auch negative Veränderungen für die Arbeitnehmer_innen mit sich. Deutlich geworden ist die sich verschlechternde Situation junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt. In dieser Gruppe ist der größte Anstieg der Arbeitslosigkeit bzw. der wirtschaftlichen Deaktivierung zu verzeichnen. Der Eintritt in den Arbeitsmarkt in einer solch schwierigen Zeit bzw. der Ausstieg zu Beginn der Karriere wirken sich in den Folgejahren sichtlich negativ aus.

Die Pandemie hat die ohnehin schon dynamischen Prozesse im Zusammenhang mit der Automatisierung beschleunigt. Infolgedessen stehen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer_innen vor der Herausforderung, die Kompetenzen der Zukunft zu identifizieren. In der Praxis bedeutet dies, dass Unternehmen die Mitarbeiterentwicklung bewusster planen sollten. Untersuchungen des Polnischen Wirtschaftsinstituts (PIE) zeigen, dass Unternehmen im Frühling 2021 anfangen, wieder zunehmend einzustellen.

Im Jahr 2020 verlangsamte sich das Lohnwachstum. Außerdem hat die Inflation den Polen in die Tasche gegriffen. Das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt im Jahr 2020 im Unternehmenssektor (damit sind die Unternehmen gemeint, die mehr als 9 Mitarbeiter beschäftigen) betrug nach Angaben des Statistischen Zentralamtes 5411,45 Złoty. Damit betrug das reale durchschnittliche Lohnwachstum im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 1,7 Prozent. Gleichzeitig sank die Beschäftigung im Vergleich zum 1. Quartal des Vorjahres um 1,1 Prozent. Im ersten Quartal 2021 betrug das Bruttodurchschnittsgehalt 5681,56 Złoty. Es war 6,6 Prozent höher als im 1. Quartal des Vorjahres und um 4,1 Prozent höher als im 4. Quartal. Somit nähert sich der Arbeitsmarkt allmählich den Trends vor Ende 2019 an.

Positiv ist auch weiterhin die soziale Entwicklung. Der Lebensstandard gemessen am BIP liegt bereits bei 70 Prozent des Durchschnitts der großen europäischen Volkswirtschaften, und die Arbeitslosenquote ist bereits eine der niedrigsten in der EU. Die PiS-Regierung hat in den vergangenen Jahren eine aktive Sozialpolitik entwickelt, deren Bilanz sich sehen lassen kann und die eine deutlich konjunkturbelebende Wirkung entfaltete. Diese auf Direkttransfers an die Bürger setzende Sozialpolitik wurde im Jahr 2019 mit der Ausweitung des Kindergeldes von 500 Złoty pro Kind (ca. 120 Euro) auf alle Kinder, der Auszahlung einer 13. und 14. Monatsrente und einer Steuerbefreiung von Arbeitnehmer_innen unter 26 noch einmal vertieft.

Im Ergebnis der verschiedenen Entwicklungen – gute wirtschaftliche Entwicklung, sinkende Arbeitslosigkeit bei steigenden Löhnen, aktive Sozialtransfers durch den Staat – ist der Gi-

ni-Index der Einkommensungleichheit seit dem Machtantritt der PiS um mehr als 10 Prozentpunkte gesunken. Mit 28,5 liegt er auf dem Wert Frankreichs und klar unter dem Wert Deutschlands oder Italiens (Eurostat-Zahlen vom März 2020).

Das Jahresende 2020 markierte auch die Verabschiedung des 1,1 Billionen Euro schweren EU-Budgets für den Zeitraum 2021–2027 und des 750 Milliarden Euro umfassenden EU-Konjunkturpakets »NextGenerationEU«, NGEU, das erstmals durch Schuldverschreibungen der EU finanziert wird. Diese werden erst ab 2028 getilgt. Polen wird etwa 100 Mrd. Euro aus dem Haushalt und etwa 64 Mrd. Euro aus dem NGEU erhalten (davon 30 Mrd. Euro als Zuschüsse und 34 Mrd. Euro als günstige Darlehen). Polen hat bis 2026 Zeit, dieses Geld zu verwenden. Nach Schätzungen von Experten könnte sich der Gesamtzufluss von EU-Mitteln für die Jahre 2021–2027 auf etwa 3,1 Prozent des BIP für jedes Jahr belaufen.

Seit dem letzten Herbst dauert der interne Konflikt in der Regierungskoalition und auch zwischen der polnischen Regierung und der EU-Kommission an, ob die Inanspruchnahme dieser Fonds mit der Anerkennung des Rechtsstaatsprinzips der EU verbunden wird. Letztendlich einigten sich die Staats- und Regierungschefs im Dezember darauf, dass die Anwendung des Mechanismus nur auf Fälle im Zusammenhang mit Korruption, Interessenkonflikten und finanzieller Unterschlagung beschränkt werden soll. Darüber hinaus kann der Mechanismus nicht verwendet werden, bevor der Europäische Gerichtshof, EuGH, seine Vereinbarkeit mit dem EU-Recht geprüft hat. Auf eine solche Entscheidung muss man aber noch ca. zwei Jahre warten. Trotz der inneren Opposition innerhalb der Vereinigten Rechten wurde der Europäische Pakt für den Wiederaufbau im Sejm dank der Vereinbarung mit den Linken und der Unterstützung durch andere Teile der Opposition (PSL, Holownia-Bewegung) gegen die rechtskonservative Solidarna Polska und Konfederacja durchgesetzt und ratifiziert.

Der Plan der Regierung zum Wiederaufbau des sozialen und wirtschaftlichen Lebens nach der Pandemie sieht u. a. vor: 7 Prozent des BIP für Gesundheit bereitzustellen, 500 000 neue Arbeitsplätze und neue Formen der Beschäftigung zu schaffen, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen, den Steuerfreibetrag für alle arbeitenden Polen auf 30 000 Złoty zu erhöhen, die Steuergrenze von 85 000 Złoty auf 120 000 Złoty anzuheben, Einmalzahlungen von 12 000 Złoty ab dem zweiten Kind zuleisten, u. a.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Grundsätzlich agiert die PiS-Regierung nicht gewerkschaftsfeindlich. Die aus dem Milieu der antikommunistischen »Solidarność«-Bewegung der 80er Jahr hervorgegangene Partei pflegt mit dem Gewerkschaftsbund gleichen Namens ein Sonderverhältnis, das die Umsetzung gewerkschaftlicher Erwartungen durchaus miteinschließt. Einige Staatssekretäre der aktuellen Regierung stammen aus den Reihen der Solidarność. Umgekehrt ist Solidarność bei der Umsetzung ihrer Anliegen stark auf die Regierung angewiesen.

Auch Solidarność sieht, dass die Regierung den eigentlich für die Konkretisierung der sozial- und wirtschaftspolitischen Partizipation der Interessenverbände geschaffenen »Rat für Sozialen Dialog« meist umgeht. Unmut bei Solidarność erzeugt zudem der Unwille der Regierung, Schlupflöcher bei der Einhaltung des Einzelhandelsverbots am Sonntag zu stoppen. Dieses wurde zum 1. Januar 2020 ausgeweitet. Nachdem 2018 Einkäufe jeweils noch am ersten und letzten Sonntag eines Monats erledigt werden konnten, haben die Geschäfte im laufenden Jahr nur noch an sieben Sonntagen im Jahr geöffnet. Die Regierung realisierte damit – allerdings mit Umgehungsmöglichkeiten – eine langjährige Forderung der Solidarność. Das neueste Beispiel sind die Proteste aus der Bergbau- und Energiebranche, an denen die Gewerkschaften aller Dachverbände solidarisch teilnahmen und – nach mehreren Jahren Stillstand – im September 2020 einen intergewerkschaftlichen branchenübergreifenden Streik- und Protestausschuss (MKPS) in Oberschlesien reaktivierten sowie mehrmals einen »Streiknotstand« in der gesamten Region ausriefen.

Der unmittelbare Grund für diese Reaktivierung war der bisherige Gesprächsverlauf zwischen Gewerkschaft und Regierung zur Sanierung des Bergbau- und Energiesektors, den Gewerkschafter äußerst negativ bewerten. Zugegeben, es ist der Regierung gelungen am 28. April 2021 eine Vereinbarung mit dem MKPS zu unterzeichnen, die man übertrieben als Sozialvertrag bezeichnete. Das Abkommen hat zwar den siebenmonatigen Verhandlungsprozess beendet, es liegt jedoch auf Eis, weil die Umsetzung von den Entscheidungen der EU-Kommission abhängig gemacht wurde, falls die Bestimmungen des Abkommens im Widerspruch zu EU-Recht und Klimazielen stünden.

Laut [Marta Anczewska](#), Spezialistin für gerechte Transformation beim WWF (World Wide Fund for Nature), habe die Regierung die Gewerkschaften nicht ernst genommen, weil sie ihre unrealistischen Versprechungen von der Zustimmung der Europäischen Kommission abhängig gemacht habe. »Dieser Vertrag drückt keine Sorge um das Schicksal und die Zukunft der Bergleute aus. Er erkaufte einen scheinbaren Frieden auf Kosten aufgeschobener menschlicher Dramen« fügte Krzysztof Jędrzejewski, Pressesprecher der Koalition für das Klima (*Koalicja Klimatyczna*) hinzu. Wie die MKPS-Leader in einer an den Regierungschef gerichteten Stellungnahme vom September vorigen Jahres betonten, sollte die wirtschaftliche Transformation der Region dem Prinzip folgen, dass jeder verlorene Arbeitsplatz in der Schwerindustrie durch einen gleichwertigen Arbeitsplatz in neuen Industrien ersetzt werde. Die Gewerkschafter erinnerten daran, dass ein solches Transformationsmodell von Premierminister Morawiecki und seinen Ministern viele Male proklamiert wurde.

Die Europäische Kommission schätzt, dass die Energiewende in Polen bis zu 240 Mrd. Euro kosten wird. Die polnische Regierung bemüht sich darum, dass die Gelder aus dem Fonds für gerechte Transformation alle Kohleregionen in Polen erreichen. 4,4 Mrd. Euro sollen aus diesem Fonds in den Jahren 2021–2027 nach Polen fließen. Er soll helfen, die negativen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Auswirkungen

der Energiewende zu begrenzen und abzufedern. Nach Auffassung der Gewerkschaften fehlt der Regierung ein einheitliches und überzeugendes Konzept, wie man die Gefahr des damit verbundenen Verlustes von tausenden Arbeitsplätzen in der Bergbau- und Energiewirtschaft in Polen vermeiden kann. Der Konflikt um die Umstrukturierung der Bergbau- und Energiebranche ist bei weitem nicht gelöst, schwelt weiter und wird sich zukünftig noch bemerkbar machen.

Eine weitere besonders belastete Berufsgruppe waren die Lehrkräfte. Die zum OPZZ gehörende Polnische Lehrerergewerkschaft (ZNP) hat sich sehr stark engagiert und hat u. a. folgendes erreichen können: Kostenlose Laptops und Internetzugang für jeden Lehrer/jede Lehrerin, keine Verlängerung der Arbeitszeit und keine Kürzung der Löhne, bezahlte Überstunden sowie Zuschläge, 500 Zloty für jeden Lehrer / jede Lehrerin für den Kauf technischer Ausstattung, kostenlose COVID-Tests für Kita- und Grundschullehrkräfte, Priorisierung der Lehrkräfte bei Impfungen (Gruppe 1) im Februar 2021, Schulungen, Teleberatung, Unterstützung durch IT-Spezialist_innen und psychologischer Beistand.

GEWERKSCHAFTEN IN POLEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus liegt mittlerweile 30 Jahre zurück. Die Solidarność, als Gewerkschaft und Oppositionsbewegung von Arbeiter_innen und Intellektuellen trug mit ihren Protesten maßgeblich zum Systemsturz bei und gilt bis heute als Symbol der friedlichen Revolution von 1989. Am Runden Tisch erlangte die Solidarność als Reformpartei Rechtsstatus und stellte nach den ersten (halb-)freien Wahlen die neue Regierung.

Seither kratzt allerdings eine langsame Erosion der zivilgesellschaftlichen Verankerung an der Legitimität der Gewerkschaften insgesamt. Die 1990er Jahre waren geprägt von der Konfrontation zwischen der Solidarność und dem Gesamtpolnischen Gewerkschaftsverband OPZZ. Dieser Dachverband war von den kommunistischen Machthabern Anfang der 1980er Jahre als Reaktion auf die Gründung der Solidarność initiiert worden. Erst seit Mitte des letzten Jahrzehnts hat sich das Verhältnis der beiden Gewerkschaftslager entspannt. Dies führte auch dazu, dass die Solidarność im Jahr 2006 der Mitgliedschaft des OPZZ im Europäischen Gewerkschaftsbund zustimmte.

Seit 2011 ist es zu einer beachtlichen Annäherung beider Gewerkschaftsverbände gekommen. Eine wichtige Rolle spielten bei dieser Entwicklung die sozialpolitischen Einschnitte der damaligen liberalen PO-Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk, die in einer Vielzahl kleinerer Angriffe auf soziale Standards, Löhne und Normen eine Antwort auf die Probleme der Finanzkrise nach 2008 suchte – eine niedrigschwellige Art der Austeritätspolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit Polens in der damaligen Wachstums-krise sichern sollte.

Die langjährigen Differenzen begründen die Gewerkschaften selbst mit der Geschichte Polens und den ideologischen Grabenkämpfen. Die Solidarność versteht sich als Erbin der oppositionellen Reformbewegung und warf dem OPZZ lange Systemkonformität und Nähe zu den einstigen kommunistischen Machthabern vor. Der OPZZ dagegen beansprucht für sich, Vertreter der postkommunistischen linken Arbeiterbewegung zu sein. Er sieht in der heutigen Solidarność eine Organisation, die sowohl mit dem rechts-konservativen Lager als auch mit der katholischen Kirche zu eng verbunden ist. Infolge dieser Differenzen zwischen den beiden großen Dachverbänden formierte sich 2002 das Gewerkschaftsforum FZZ. Dessen Gewerkschaften erheben in dezidiert Weise den Anspruch, politisch neutral zu sein.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Der Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (Gesamtpolnischer Gewerkschaftsverband, OPZZ) wurde am 24. November 1984 auf Grundlage des Gesetzes über Gewerkschaften vom 8. Oktober 1982 gegründet. Aufgrund der Konflikte mit der Solidarność dauerte seine Anerkennung innerhalb der internationalen Gewerkschaftsbewegung noch bis in die 2000er Jahre. Dabei ging es teils um das Verhältnis zum Staat und den politischen Parteien, teils aber auch um die Frage, wem das Vermögen der alten Gewerkschaften zugesprochen werden sollte. Inzwischen ist der OPZZ in der internationalen Gewerkschaftsbewegung angekommen und als Mitglied in allen wichtigen Dachverbänden vertreten. Ihm gehören derzeit 85 Betriebs- bzw. Branchengewerkschaften an, die in sieben Zweige gegliedert sind. Die größte einzelne Mitgliedsorganisation ist die Polnische Lehrergewerkschaft (ZNP).

Regional ist der OPZZ in allen 16 Woiwodschaften vertreten. Die Regionaleinheiten sind satzungsgemäß auch dadurch so stark, da sie die Mitgliedsbeiträge einziehen und an die Zentrale abführen. Es existieren drei satzungsgemäße Organe: Kongress, Rat und Präsidium. Der Kongress bestimmt die Politik und wählt sowohl den Präsidenten als auch den Vorsitzenden der Revisionskommission. Der Rat bildet die Exekutive in der Zeit zwischen den alle vier Jahre stattfindenden Kongressen. Dort sind die Mitgliedsgewerkschaften proportional zu ihrer Mitgliederstärke vertreten. Der Rat tagt maximal drei Mal im Jahr. Das Präsidium setzt die Beschlüsse des Rates um und trifft sich höchstens alle zwei Monate. Weiteres Organ ist die Revisionskommission. Der Präsident / die Präsidentin und die gewählten Vize-Präsident_innen setzen die Alltagspolitik um: Vertretung nach innen und außen, gegenüber Staatsorganen, politischen Parteien, Unternehmerverbänden, etc. Der OPZZ ist in den tripartiten Organen des polnischen Sozialen Dialogs auf allen regionalen Ebenen vertreten.

Die NSZZ Solidarność ist 1980 unter dem kommunistischen Regime aus den Streiks der Danziger Werftarbeiter_innen hervorgegangen und wurde im September des gleichen Jahres als unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft eingetragen. Nachdem die Gewerkschaft nach Ausrufung des Kriegszustands im Dezember 1981 einige Jahre über verboten war, konnte sie ab 1989 wieder in der Legalität arbeiten. Auf inter-

nationaler Ebene ist sie in allen großen Dachverbänden vertreten. Die Solidarność versteht sich als einheitliche Organisation, die in 14 sektorale Verbände (Sekretariate / Branchen) sowie einen Verband für Rentner_innen und 38 Regionen unterteilt ist. Das höchste Organ ist die Landesdelegiertenversammlung (325 Delegierte). Sie bestimmt u.a. über die Satzung und das Programm der Gewerkschaft. Die Landeskommission ist den Vorständen der Regionen und Branchensekretariaten übergeordnet. Sie vertritt die Gewerkschaft vor dem Staat und allen anderen Organisationen und bestimmt über das Budget. Darüber hinaus gibt es eine Revisionskommission. Die Solidarność ist in den tripartiten Organen des polnischen Sozialen Dialogs auf allen regionalen Ebenen vertreten.

Das Forum Związków Zawodowych FZZ ist kleiner als die beiden anderen Gewerkschaftsbünde und umfasst überwiegend Gewerkschaften, die sich vom OPZZ abgetrennt haben. Der FZZ wurde im Jahr 2002 gegründet, als eine neue tripartite Kommission mit Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften geschaffen werden sollte, um künftige gesetzliche Bestimmungen zu erörtern. Die Vorschriften für die Einsetzung dieser Kommission sahen vor, dass lediglich Gewerkschaftsbünde mit mindestens 300 000 Mitgliedern zugelassen werden. Um diese Zahl zu erreichen und sich einen Platz in dieser Kommission zu sichern, schlossen sich einige unabhängige Gewerkschaftsgruppen zusammen und gründeten den FZZ. Der FZZ besteht aus 52 gewerkschaftlichen Mitgliedsorganisationen, wovon die Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen (OZZPiP) die größte ist, und aus 16 Woiwodschaftsräten. Das höchste Organ ist der Kongress, der u.a. über die Satzung und das Programm der Gewerkschaft bestimmt. Weitere satzungsmäßige Organe sind der Hauptvorstand, das Präsidium, die Woiwodschaftsräte, sowie eine Revisionskommission. Die Vorsitzende des FZZ, Dorota Gardias, führt momentan den Vorsitz im Rat des Sozialen Dialogs.

Alle drei Gewerkschaftsbünde sind Mitglied im EGB, der OPZZ und die Solidarność auch im IGB. Die stärksten Branchen sind in den europäischen und internationalen Dachverbänden affiliert.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Polen beträgt 12,9 Prozent der Beschäftigten (CBOS, 2019). Die Tarifdeckungsrate liegt bei 17 Prozent. Die Gewerkschaftsdichte und damit die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften variieren je nach Wirtschaftszweig. Der öffentliche Sektor ist der am stärksten gewerkschaftlich organisierte (19 Prozent der Arbeitnehmer_innen) – dazu gehören Gesundheitsversorgung, Bildung und Wissenschaft (23 Prozent) sowie staatliche Unternehmen. Auch ehemalige staatliche Unternehmen, insbesondere in der Schwerindustrie, gehören zu den am stärksten gewerkschaftlich organisierten Unternehmen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Arbeitsbeziehungen in Polen sind stark von der schwachen Vertretung der Arbeitnehmer_innen, insbesondere im privaten Sektor, betroffen. Teilweise liegt der Grund dafür in dem rechtlichen Rahmen, der festlegt, dass die grundlegende

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Polen

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy »Solidarność«, Solidarność (Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft »Solidarität«)	Vorsitz: Piotr Duda Stv. Vorsitz: Bogdan Biś, Tadeusz Majchrowicz, Jerzy Jaworski, Bogdan Kubiak	600 000	IGB, EGB
Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ (Bundesweiter Gewerkschaftsbund)	Vorsitz: Andrzej Radzikowski Stv. Vorsitz: Barbara Popielarz, Piotr Ostrowski, Sebastian Koćwin	559 000	IGB, EGB
Forum Związków Zawodowych, FZZ (Gewerkschaftsforum)	Vorsitz: Dorota Gardias Stv. Vorsitz: Rafał Jankowski, Waldemar Lutkowski, Krystyna Ptok, Marek Mnich, Dariusz Trzcionka, Jan Przywoźny	200 000	EGB

Gewerkschaftseinheit eine Betriebsorganisation ist. Für deren Gründung sind mindestens 10 Beschäftigten desselben Unternehmens erforderlich. Da rund 39 Prozent der Arbeitnehmer_innen in Unternehmen mit neun oder weniger Beschäftigten beschäftigt sind, führt diese Regelung zu einem direkten Ausschluss dieser großen Gruppe von Arbeitnehmern vom Dialog auf Unternehmensebene. Es ist möglich, andere Formen der Vertretung (Informations- und Konsultationsgremien) nur in noch größeren Unternehmen – mit mehr als 50 Arbeitnehmern – einzurichten. Vor allem aber sind die Manager des privaten Sektors durch eine stark gewerkschaftsfeindliche Einstellung gekennzeichnet.

Die Reform des Gewerkschaftsgesetzes von Anfang 2019 zu den Organisationsrechten von Vertragsangestellten (zivilrechtliche Beschäftigungsverhältnisse) erlaubt nun auch Scheinselbstständigen, Werkvertragsbeschäftigten und Praktikant_innen einer Gewerkschaft beizutreten, sobald sie mindestens sechs Monate beschäftigt sind. Dies ermöglicht zusätzlichen 10 Prozent der Arbeitskräfte sich in Zukunft gewerkschaftlich zu organisieren. Nach der Meinung von Barbara Surdykowska, Rechtsexpertin der Landeskommision von Solidarnosc, liegt jetzt der Ball bei den Gewerkschaften selbst. Sie sollen entscheiden, wieviel Ressourcen und Arbeit sie für die Organisation neuer Mitglieder bereitstellen können. Und noch wichtiger, was sie selbst ihren potenziellen Mitgliedern anbieten könnten.

Gleichzeitig traten Änderungen zur Feststellung der tatsächlichen Mitgliedschaftszahl der einzelnen Betriebsgewerkschaften in Kraft. Bislang waren diese Zahlen wenig transparent und tendenziell stark »nach oben korrigiert«. Nach derzeitigem Stand sind die neuen Regelungen allerdings wenig praktikabel und stellen die Gewerkschaften vor offensichtlich kaum überwindbare bürokratische Hürden.

Angesichts der überwiegend beratenden Rolle der Institutionen des Sozialen Dialogs auf nationaler, branchenspezifischer und regionaler Ebene liegt der größte Teil der Verhandlungen

auf der Ebene der Unternehmen. Tarifverträge regeln die Arbeits-, Lohn-, Gesundheits- und Sicherheitsbedingungen und andere arbeitsbezogene Fragen, solange die vereinbarten Bedingungen nicht schlechter sind als die gesetzlich vorgeschriebenen. Ein Tarifvertrag kann nur in Unternehmen ausgehandelt werden, in denen eine oder mehrere Gewerkschaftsorganisationen bestehen. Die Anzahl der bei der Arbeitsinspektion jährlich registrierten Tarifverträge stieg leicht von 69 im Jahr 2015 auf 79 im Jahr 2016. Aktuellere Daten liegen nicht vor.

Auf nationaler Ebene findet der tripartite Sozialdialog im »Rat für Sozialen Dialog« statt, der Ende 2015 eingerichtet wurde und die davor existierende Kommission ersetzte. Die Mitglieder des Rates werden vom polnischen Staatspräsidenten ernannt, und der Vorsitz des Rates wechselt zwischen den vertretenen Interessengruppen (Gewerkschaften, Arbeitgeber und Regierung). Der Rat ist befugt, Gesetzentwürfe zu erstellen und diese dem Ministerrat vorzulegen sowie Gesetzentwürfe zu konsultieren und Stellungnahmen zu Gesetzen zu sozioökonomischen Fragen abzugeben. Er wird von einer benannten öffentlichen Stelle unterstützt, die sich mit administrativen Fragen befasst und eine beratende Funktion wahrnimmt. Trotz seines legislativen Vorrechts ist die Rolle des Rates hauptsächlich beratend: seine Rolle ist besonders sichtbar bei der Vorbereitung des Haushaltsentwurfs und bei Änderungen der Sozial- und Mindestlöhne.

Es gibt zusätzlich 16 regionale Einrichtungen für den sozialen Dialog (eine pro Woiwodschaft). Die Gremien beziehen die Sozialpartner ein, und ihre Rolle ist auch beratend bei Entwicklungen auf regionaler

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Es gibt in Polen zwei verschiedene Formen der Vertretung und Einflussnahme auf betrieblicher Ebene: Arbeitnehmerräte und Betriebsräte.

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Polen

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Związek Nauczycielstwa Polskiego, ZNP (Polnische Lehrgewerkschafter's Union)	OPZZ	Vorsitz: Sławomir Broniarz Stv. Vorsitz: Krzysztof Baszczyński, Grzegorz Gruchlik	240 000	EI, ETUCE
Ogólnopolski Związek Zawodowych Pielęgniarek i Położnych, OZZPiP (Nationaler Verband professioneller Krankenschwestern und Hebammen)	FZZ	Vorsitz: Krystyna Ptok Stv. Vorsitz: Longina Kaczmarek, Zdzisław Bujas	80 000	
Krajowa Sekcja Oświaty i Wychowania, KSOiW (Nationale Sektion für Bildung und Erziehung)	NSZZ »Solidarność«	Vorsitz: Ryszard Proksa Stv. Vorsitz: Zbigniew Świerczek, Henryk Ślusarski	70 000	EI, ETUCE
Krajowy Sekretariat Górnictwa i Energetyki NSZZ »Solidarność« (Nationales Sekretariat für Bergbau und Energie der NSZZ »Solidarność«)	NSZZ »Solidarność«	Vorsitz: Jarosław Grzesik Stv. Vorsitz: Marek Boiński, Józef Czyczerski, Bogusław Hutek, Wojciech Ilnicki, Dariusz Kucharewicz	60 000	IndustriAll, IndustriAll Europe
Niezależny Samorządny Związek Zawodowy Policjantów, NSZZ Policjantów (Unabhängige selbstverwaltete Gewerkschaft der Polizeibeamten)	FZZ	Vorsitz: Rafał Jankowski Stv. Vorsitz: Krzysztof Balcer, Kazimierz Barbachowski, Dariusz Brzezicki, Artur Garbacz, Rafał Kruk, Piotr Kujawa, Piotr Malon, Benedykt Nowak, Marek Osiejewski, Józef Partyka, Andrzej Szary, Marek Tarwacki	40 000	
Federacja Związków Zawodowych Pracowników PKP, FZZ Pracowników PKP (Gewerkschaftsbund der polnischen Eisenbahn PKP)	FZZ	Vorsitz: Marian Kogut (interim) Stv. Vorsitz: Jan Piechel, Jan Przywoźny	32 000	
Porozumienie Związków Zawodowych, KADRA (Gewerkschaftsallianz »KADRA«, Bereich Bergbau und Energie)	FZZ	Vorsitz: Dariusz Trzcionka Stv. Vorsitz: Bogusław Studencki, Krzysztof Stanisławski, Marek Gacka	20 000	IndustriAll Europe
Federacja Związków Zawodowych Metalowców i Hutników w Polsce, FZZ Metalowcy i Hutnicy (Föderation der Metallarbeitergewerkschaften und Metallurgen in Polen)	OPZZ	Vorsitz: Mirosław Grzybek Stv. Vorsitz: Magdalena Dura, Grzegorz Narloch, Grzegorz Bor, Krzysztof Wójcik, Piotr Kursatzky, Marek Kijas	18 000	IndustriAll Europe

In staatlichen Unternehmen können die Arbeitnehmerräte als Selbstverwaltungsorgan die Arbeitnehmer_innen vertreten. Der Rat besteht in der Regel aus 15 Mitarbeiter_innen. Ihm stehen unter anderem folgende Rechte zu:

- Zustimmung zur Gründung oder zum Beitritt zu einer Handelsgesellschaft, zum Erwerb (Veräußerung) von Aktien oder Vorräten, zum Rückzug aus diesen Unternehmen oder zu deren Auflösung;
- Beschlussfassung über die Teilung oder Fusion der Gesellschaft, Neuausrichtung der Tätigkeit der Gesellschaft;
- Beschlussfassung über die Ernennung und Abberufung des Geschäftsführers und anderer Personen mit Führungsaufgaben;
- Beschlussfassung über die Durchführung eines Referendums in der Gesellschaft;
- Stellungnahme zu Satzungsänderungen oder zur Auflösung der Gesellschaft.

Arbeitnehmer_innen, die Mitglieder in Leitungsorganen von Arbeitnehmer_innenorganisationen sind, genießen Schutz

vor Entlassung und Beendigung ihres Arbeitsvertrags bzw. einseitigen Änderungen zum Nachteil der Arbeitnehmerin / des Arbeitnehmers.

Eine Form der Organisation von Arbeitnehmer_innen abseits der Gewerkschaften ist der Betriebsrat. Er vertritt die Arbeitnehmer_innen gegenüber dem Arbeitgeber in verschiedenen Konsultationen. Er kann in der Regel in Betrieben mit mindestens 50 Beschäftigten gebildet werden. Die Zahl der bei einem Arbeitgeber beschäftigten und zur Bildung eines Betriebsrats verpflichteten Arbeitnehmer_innen wird auf Grundlage der durchschnittlichen Zahl der im Rahmen des Arbeitsverhältnisses während der letzten 6 Monate vor dem Tag der Bekanntgabe der Wahl der Mitglieder des Betriebsrats beschäftigten Arbeitnehmer_innen ermittelt. Voraussetzung für die Bildung eines Rates ist, dass mindestens 10 Prozent der Arbeitnehmer_innen einen schriftlichen Antrag auf Bildung des Rates erhalten haben. Die Bildung des Rates hängt von der Initiative der Mitarbeiter selbst ab (Wahlen). Betriebsräte werden nicht in staatlichen Unternehmen gebildet, dort gibt es die Arbeitnehmerräte.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die gesellschaftliche und politische Rolle der Gewerkschaften weist aufgrund der jüngeren Geschichte des Landes einige Besonderheiten auf. Die beiden großen Dachverbände werden klar politischen Lagern zugeordnet.

Die Solidarność pflegt eine exklusive Sonderbeziehung zur aktuellen PiS-Regierung und der Partei selbst. Einige Minister_innen der aktuellen Regierung stammen aus den Reihen der Solidarność, viele Solidarność-Mitglieder sind bei den Kommunalwahlen aus den PiS-Listen angetreten. Grundsätzlich ist die Solidarność mit den Ergebnissen dieser symbiotischen Beziehung durchaus zufrieden, da die PiS eine Reihe langjähriger Forderungen der Gewerkschaften letztendlich aufgegriffen hat. Die Regierung wiederum schließt soziale Kompromisse fast ausschließlich mit der Solidarność, um so deren relatives Gewicht unter den Gewerkschaften zu erhöhen – nach dem Motto, wenn ihr etwas von uns wollt, wendet euch an die Solidarność und an sonst niemanden.

Traditionell ist der OPZZ mit dem Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) verbunden, wobei es aber keine offizielle Zusammenarbeit oder gegenseitige Unterstützung gibt. OPZZ- und FZZ-Mitglieder gehören zur Wählerschaft aller politischen Parteien.

Grundsätzlich ist die Arbeit der Gewerkschaften den Menschen in Polen wenig präsent. Dies zeigt der hohe Prozentsatz von Pol_innen, die nicht in der Lage sind, auf die Frage nach den einzelnen Gewerkschaften zu antworten. Dies betrifft die Solidarność (43 Prozent) in einem geringeren Maße als den OPZZ (60 Prozent) oder das FZZ (74 Prozent).

Bezüglich aller Gewerkschaftsdachverbände halten sich gute und schlechte Meinungen die Waage: Im Falle des OPZZ ha-

ben 20 Prozent der Befragten eine positive und 20 Prozent eine negative Meinung, und im Falle des FZZ liegen diese Werte bei 14 Prozent bzw. 12 Prozent. Verändert hat sich dagegen die Einstellung zur Solidarność: Im Vergleich zum September 2017 verschlechterte sich die Bewertung um -5 Prozent: Heute wird die Arbeit dieser Zentrale von 29 Prozent der Befragten als gut bewertet und von fast ebenso vielen kritisiert (28 Prozent).

Unter den diversen Berufsgruppen werden die Aktivitäten aller drei Gewerkschaftsbünde von qualifizierten und ungelernten Arbeitnehmer_innen häufiger geschätzt als von den mittleren Segmenten. Die Solidarność bekommt besondere Unterstützung von Arbeitnehmer_innen aus dem Dienstleistungssektor. Darüber hinaus wird die Wahrnehmung der Tätigkeit der Solidarność stark von den politischen Ansichten und der Religiosität der Befragten beeinflusst – sie wird deutlich häufiger von Befragten positiv bewertet, die sich mit der politischen Rechten identifizieren und mehrmals pro Woche an Messen teilnehmen.

Grundsätzlich stehen die Gewerkschaften in Polen derzeit vor folgenden zentralen Herausforderungen:

- Die Früchte des außerordentlichen Wachstums müssen verstärkt auch den Arbeitnehmer_innen zu Gute kommen;
- Die langjährige Stagnation der Gehälter und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Sektor muss überwunden werden;
- Polen braucht insgesamt ein Umsteuern auf ein anderes Wachstumsmodell, das mit anspruchsvollerer Produktion die Technologie- und Produktivitätsleiter hinaufsteigt. Dazu sind Investitionen in Humankapital und die persönliche Qualifikation der Arbeitnehmer_innen notwendig.
- Die sich beschleunigte Digitalisierung der Arbeitsprozesse müssen gemeistert und mitgestaltet werden.
- Das polnische Rentensystem steht vor einer großen demographischen Herausforderung, die Anpassungen im System unvermeidlich machen. Diese sollten nicht noch mehr zu Lasten der Beschäftigten gehen.

Der gewerkschaftliche Diskurs konzentriert sich im Moment auf drei Themen: Zum einen die Senkung des Renteneintrittsalters auf 35 Jahre Berufstätigkeit bei Frauen und 40 Jahre bei Männern, unabhängig davon, ob eine/einer Betroffene das gesetzliche Ruhestandsalter 60 Jahre Frauen oder 65 Jahre Männer vollendet hat. Zum anderen Lohn erhöhungen im Staatsektor (seit Anfang der 2010er sind die Löhne in vielen Bereichen des Staatssektors eingefroren); im Fokus stand bis vor kurzem hier der Bildungssektor. Mittlerweile sind in Folge der Corona-Krise die medizinischen Berufe mit ihren Forderungen in den Vordergrund gerückt. Die brennendsten Probleme dieser Berufsgruppe sind neben der niedrigen Gehältern: die sich von Jahr zu Jahr verringerte Anzahl von Krankenschwestern sowie ihr zunehmendes Durchschnittsalter,

das im Januar 2021 nach Angaben der Hauptkammer der Krankenschwestern und Hebammen das 53. Lebensjahr überschritten hat. Zu guter Letzt muss auch die Angleichung des monatlichen Mindestlohns an 50 Prozent des Medianlohns vorangebracht werden.

Krzysztof Getka, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.